

Nicht genug verdient

Zum zweitenmal Kriegsverbrecher

Es war gerade 1 Uhr, als am letzten Montag ein kleines vertrocknetes Männchen von zwei französischen Gendarmen durch eine Seitentür in den großen Festsaal des Rastatter Schlosses geleitet wurde. Vorher hatten baumlange Spahis in weißem Burnus Spalier gestanden, als General König die Freitreppe des französischen - italienischen Barockschlosses hinaufschritt. Im Festsaal sah man ihn im Gespräch mit dem amerikanischen General Taylor, der vom Kriegsgesicht in Nürnberg als Gast nach Rastatt herübergekommen war.

Während vor rund 230 Jahren in diesem Schloß aller Glanz aufgeboden worden war, um unter den spanischen Erbfolgekrieg zwischen Oesterreich und Frankreich den Schluß-Strich zu ziehen (das war sozusagen die Einweihung des Schlosses, nachdem Louis XIV. wenige Jahre zuvor die Stadt in Trümmer gelegt hatte), ist es heute in Permanenz der Schauplatz schmuckloser Militärtribunale.

Der Montag, 16. Februar, hob sich aus der forensischen Alltagsroutine heraus: das vertrocknete Männchen war Hermann Röchling, der Eisengewaltige von der Saar, Eigentümer der „Eisen- und Stahlwerke AG“ und des „Edelstahlwerkes Röchling AG“ in Völklingen, der „Gebrüder Röchling-Werke“ in Saarbrücken und Berlin, großer Eisen- und Kohlenhandelsfirmen, Aufsichtsratsvorsitzender fast aller deutschen Industrieorganisationen und vieler Banken und Konzerne, Kali-Aktionär, Wehrwirtschaftsführer und Chef der Reichsvereinigung Eisen unter Göring und Speer — früher einer der reichsten und mächtigsten Männer Europas.

Mager und elend, aber doch ruhig saß der 76jährige in der Angeklagtenbank und diskutierte mit Monsieur Leroy, der aus Paris zu seiner Verteidigung gekommen ist. Der überreichte seinem Mandanten als erstes einen Zeitungsausschnitt mit einer Erklärung General Eisenhowers. Darin wird wiedergegeben, wie Eisenhower die amerikanische Industrie aufforderte, sich auf Kriegsproduktion umzustellen.

Maitre Leroy ist gleichzeitig Chef der Gesamtverteidigung und landete seinen ersten Coup, als Monsieur Pihier, ein Richter vom Pariser Appellationshof in rotem Talar, die Sitzung noch kaum eröffnet hatte: die Zuständigkeit des Gerichts wird angezweifelt, weil zwei Beisitzer Angehörige von Nichtsignatarmächten sind (Belgien und Polen stellten sie). Außerdem gehöre Hermann Röchling vor ein saarländisches Gericht, nachdem die neue Saarverfassung in Kraft getreten sei. Das Gericht erklärt sich für zuständig und belehrt Maitre Leroy, das saarländisch-französische Abkommen sei am Qual d'Orsay noch nicht ratifiziert.

Neben Monsieur Leroy ist auch Marine-richter Kranzbühler, der Nürnberger Verteidiger von Dönitz und Alfred Krupp, nach Rastatt engagiert worden. Denn auch Hermanns Vetter Ernst Röchling und einige seiner Generaldirektoren müssen verteidigt werden. Generaldirektor Maier verpflichtete sich Rechtsanwalt Dr. Drischel, der vor Jahresfrist um ein Haar den Erzberger-Mörder Tillessen herausgepaukt hätte.

Hermann Röchling ist nicht das erstmal als Kriegsverbrecher angeklagt. Seit Dezember 1919 führt er einen zähen Kampf mit den Franzosen, die ihn damals in Abwesenheit durch ein Kriegsgesicht in Amiens wegen Raubes und anderer Verbrechen zu zehn Jahren Zuchthaus und einer Geldstrafe von 10 Millionen Francs

verurteilten. Er war später Hauptexponent der Saaranschlußbewegung.

Als er 1933 die deutschen Eltern aufforderte, ihre Kinder nicht in die neu eingerichteten französischen Schulen zu schicken, wurde er wegen Aufreizung der Bevölkerung verfolgt, zunächst aber freigesprochen und zuletzt zu einer kleinen Geldstrafe wegen formaler Beleidigung verurteilt. Er schenkte Hitler 30 000 RM und gründete die Deutsche Front als Dachorganisation aller Parteien, die für den Saaranschluß waren.

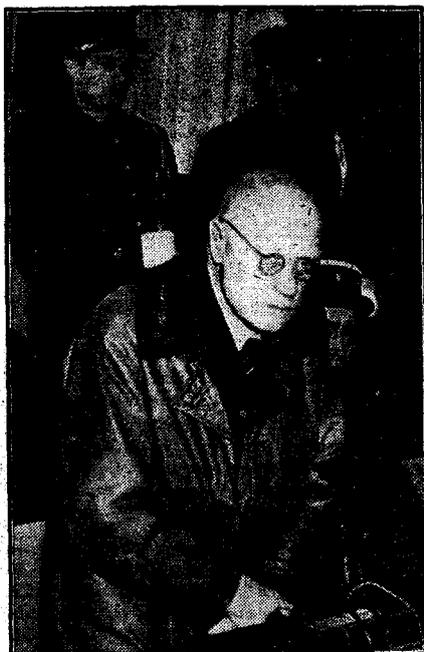
In seinem Buch „Wir halten die Saar“ schilderte er die Geschichte des Saarkampfes wie er sie sah. Seine Werke in Völklingen sind die einzigen, die während der interimistischen Saar-Autonomie 1919—35 von französischer Beteiligung frei blieben.

Im zweiten Weltkrieg, für den er wacker vorsorgte, war er dann nicht nur als Leiter

nach der französischen Anklage — bei Göring.

Sein Vetter Ernst, der als einziger Röchling-Generaldirektor kein Pg. wurde, setzte bei der Vichy-Regierung durch, daß das Defizit der gleichgeschalteten französischen Schwerindustrie unter dem Reichsbeauftragten Hermann Röchling in Höhe von 180 Millionen Francs vom französischen Schatzamt ausgeglichen wurde.

Die ersten Rastatter Verhandlungstage blieben mit der Verlesung umfangreicher Anklageschriften ohne Sensation. Die Anklage gipfelt in der Feststellung, die Triebfeder Röchlings und seiner Direktoren sei nicht die Verirrung eines übersteigerten Patriotismus oder einer bedingungslosen Hitler-Hörigkeit gewesen, sondern der Wille zu wirtschaftlicher Herrschaft über den von Deutschland unterworfenen Kontinent.



Das schwächliche Männchen
Hermann Röchling, Kriegsverbrecher



Der mächtige Mann
Hermann Röchling, Kriegs-Versprecher

der Reichsvereinigung Eisen Chef der gesamten deutschen Eisen- und Stahlrüstung, sondern auch Reichstreuhänder der gesamten lothringischen Industrie. In zahllosen Denkschriften hatte er seine Ansichten für den „A-Fall“, den kriegerischen Ernstfall, entwickelt, dessen Kommen er als Selbstverständlichkeit voraussetzte.

Nachdem er lange im Zeugenflügel des Nürnberger Militärtribunals gesessen hatte, lieferten ihn die Amerikaner nach Rastatt aus. Die Franzosen beschuldigen ihn der Verantwortung für das Schicksal vieler tausender Zwangsarbeiter und des Raubes an französischen Wirtschaftsgütern. Als Pg. nach dem Anschluß soll er Wirtschaftsspionage getrieben, die elsässischen Autonomisten protegirt, an den Hermann-Göring-Werken (zur Ausbeutung „armer Erze“) für Hitlers Rüstungs-Autarkie mitgewirkt und den Führer durch eine Denkschrift zum Einfall in die Balkanländer bestimmt haben. Schon nach dem Polenfeldzug hatte er auch polnische Hütten in Oberschlesien übernommen. In ganz Europa erspähte er jedes Objekt, an dem er seine Reichtümer vermehren konnte, und wenn seine persönliche Beute nicht hoch genug eingesetzt wurde, beschwerte er sich —

Weil ich Christ bin

Unsere Gegner sitzen links

Zweieinhalb Jahre war Hans Sabe zweiter Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft bei der britischen Zonenleitung in Hamburg, ohne für einen Urlaub Zeit zu finden. Nur über Weihnachten und Neujahr konnte er ein paar Tage in Herford ausspannen. Jetzt ist er schon seit über zwei Wochen beurlaubt, und er soll auch wohl nicht wiederkommen.

Sabes Feiertagsreise war kein glücklicher Jahresabschluß. Für die Herforder Tage hatte er den Wagen der DAG benutzt. „Das war allgemein so üblich“, meint er. Als er am 2. Januar nach Hamburg zurückkam, belastete DAG-Finanzboß Krißmann die Fahrt mit 119.— RM. Sabe faßte das als persönliche Kränkung auf. Er verlangte gleiches Recht für alle und brauchte schließlich die 119.— RM auch nicht zu bezahlen.

Von da an hatte er aber das Gefühl, man wolle ihn loswerden. Mit dem ersten Vorsitzenden Wilhelm Dörr war er gut befreundet gewesen. Noch am 5. Dezember hatte der DAG-Chef am Grabe von Frau Sabe gesprochen. Im Januar warnte

Subes Sekretärin: „Seien Sie vorsichtig, die wollen Ihnen etwas.“ Und eine andere Dame, die DAG-Archivarin, Frau Frieda Wolf, wußte ihm Kompakteres mitzuteilen: Hans Bechly, ehemaliger Verbandsvorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgelhilfen-Verbandes, 76 Jahre alt, habe im September mit Dörr über Sube verhandelt. Dabei soll Dörr gesagt haben: „Wenn Sie mir einen anderen Mann präsentieren können, werde ich Sube fallen lassen.“

Sube will wissen, diese Abneigung gründe sich gerade auf seine frühere Zugehörigkeit zum DHV, der in dem Verruf steht, antisemitisch gewesen zu sein, eine Art völkische Gruppe in der Gewerkschaftsbewegung. Sein Gegenspieler war der Zentralverband der Angestellten (ZdA) mit sozialistischer Führung. Nach 1933 gaben die Nationalsozialisten dem DHV den Auftrag, die Geschäftsstellen des ZdA zuzumachen.

Beim einjährigen Geburtstag der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) 1946, wurde durch den Pressechef der SPD Kähler, die Frage aufgeworfen, ob ein früherer DHV-Geschäftsführer für die neue Angestellten-Gewerkschaft als hauptamtlicher Funktionär tragbar sei. Die Frage wurde damals im Sinne Subes entschieden.

Besonders unangenehm stieß Sube mit dem Vorstandsmitglied Geiger (Rückkehrer aus London), dem Neffen Karl und Enkel Wilhelm Liebknechts, zusammen. Geiger ist Gegner des alten DHV. Bei der Januar-Tagung, die in Celle den Zonen-Angestelltenstreik beschloß, verlangte Geiger vor 100 Zonen-Funktionären „weltanschauliche Ausrichtung“ zum sozialistischen Staat.

Sube, der in dieser Sitzung als Präsident fungierte, schwieg. „Ich wollte nicht das Schauspiel der Uneinigkeit zweier Gewerkschaftsmitglieder innerhalb einer Bewegung geben.“ Nach der Tagung wandte er sich schriftlich an den Vorsitzenden Wilhelm Dörr, einen alten Sozialdemokraten und ZdA-Funktionär, und verlangte vom Hauptvorstand eine Entscheidung. „Es ging um die Wahrung der Satzungen und um die politische Neutralität unserer Gewerkschaft.“

Sube wirft Dörr heute vor, er sei diesem Verlangen ausgewichen. In dem ganzen Vorgang sieht er „ein Zeichen mehr dafür, daß der Hauptvorstand aus SPD-Mitgliedern zusammengesetzt ist.“ Er zitiert einen Brief des früheren DHV-Geschäftsführers Bartels, der vor kurzem mit 17 zu 4 Stimmen zum Geschäftsführer der DAG gewählt wurde: „Der Hauptvorstand bestätigt meine Wahl nicht. Unsere Gegner sitzen auf der Linken, sie wollen mich nicht, nur weil ich Christ und CDU-Mitglied bin. Hilf mir bitte, die Anschläge zu nichten zu machen.“

Dies sei die Atmosphäre in der DAG seit zwei Jahren gewesen, erläutert Sube. Er deutet auch kurz Auseinandersetzungen und Meinungsverschiedenheiten in der Versorgungspolitik an. Die Versicherungsgesellschaft „Deutscher Ring“, ehemals dem DHV gehörend und dann von der DAF übernommen, firmiert heute als „Neue Welt“. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Wilhelm Dörr. Sube ist nicht im Vorstand, da er von Mil.-Gov. als Treuhänder eingesetzt ist. Er wirft Dörr vor, umstrittene Mitarbeiter in die „Neue Welt“ zu holen: Raloff, Mitglied der SPD, der von der Militärregierung vor der Umwandlung aus dem „Deutschen Ring“ hinausgeworfen wurde, weil er einen politisch Belasteten deckte. Raloff ist heute Sozialdirektor der „Neuen Welt“.

Sube sieht darin einen Beweis, daß einseitige Parteipolitik in die Betriebe hineingetragen werde, gerade wie unter den Nationalsozialisten. „Es gab laufend mir



Viel zu viel geleistet
Sube wurde ein Gefühl nicht los

gegenüber Gehässigkeiten im Hauptvorstand“, erzählt Sube. „Geflacht wurde natürlich auch nach Herzenslust, und ich habe tüchtig mitgemacht.“

Er hat zuviel geflacht. Am 30. Januar gab er einem Reporter verschiedene Informationen über Dörr. Der stellte ihn zur Rede. „Wehn Du keinen Sinn mehr für Flachs und Humor hast, tust Du mir leid“, meinte Sube zu seinem Chef. „Du mußt aus Deinem Verhalten die Konsequenzen ziehen“, antwortete der. Sube ging. „Tu, was Du nicht lassen kannst.“

Am gleichen Tage erklärte der Vorsitzende des Hauptvorstandes der DAG, Herbert Dau, dem 2. Vorsitzenden, Sube, man könne mit ihm nicht mehr zusammenarbeiten. Am 2. Februar wurde ihm geraten, auf Urlaub zu gehen.

Sube will sich nicht abschieben lassen. Er habe viel zu viel für die DAG geleistet.



Bodenlose Block-Politik
Urheber: Der Landwirtschaftsminister

In einer Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes und des Hauptausschusses am 6. Februar wurde er mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Bis zur endgültigen Entscheidung, die am 23. Februar in Dortmund fallen soll.

„Ueber den Ausgang der Entscheidung kann kein Zweifel bestehen, wenn man weiß, daß von 50 Ausschußmitgliedern nur vier CDU-Mitglieder sind“, sagt Sube. „Man hätte mich seinerzeit zum 1. Vorsitzenden in der Zone gemacht, wenn ich SPD-Mann gewesen und aus dem ZdA gekommen wäre.“

Die Block-Bürger

Das Junkerschutzgesetz

Die niedersächsische SPD ist dabei, eine entscheidende Runde zu verlieren: die bürgerliche Mehrheit des Landtags hat in zweiter Lesung der Gesetzentwürfe ihre eigenen Bodenreform- und Siedlungspläne durchgedrückt.

Die SPD-Landtags-Fraktion hatte die Bodenreform zu einer Prestigefrage der eigenen Politik erklärt. Der von dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hinrich Kopf vorgelegte Kabinettsentwurf dagegen beschränkte sich auf die Ausführung des englischen Rahmenbefehls, Landbesitz über 150 ha zu enteignen.

Um ihrer Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, machte die „Hannoversche Presse“ (Auflage 320 000), in der SPD-Fraktionsführer Hoffmeister Lizenzträger und Verlagsdirektor ist, das weitere Verbleiben der SPD-Minister im Kabinett von der 100-ha-Grenze abhängig. Mit dieser Drohung wollte die SPD den Bürgerlichen Angst einjagen. Sie kannte die Schwierigkeiten der Rechtsparteien, einen Ministerpräsidenten auf die Beine zu bringen.

Als die Bürgerlichen (mit Einschluß des Züngleins Zentrum und unter Erkrankung des SPD-freundlichen Dr. Greve von der FDP) unbeeindruckt von den sozialdemokratischen Drohungen die 150-ha-Grenze, nach der „Hannoverschen Presse“ das „Junkerschutzgesetz“, in zweiter Lesung durchgebracht hatten, verlegte sich die Linke*) auf die Debatten um das Siedlungsgesetz. So heißt jener Versuch der Rechten, ohne den politischen Entmachtungsgedanken des englischen Rahmens aus deutscher Initiative einen den tatsächlichen Siedlungsmöglichkeiten sich anpassenden Plan durchzuführen: keine Boden-, sondern eine Agrarreform.

Der eigentliche Urheber dieses Plans war der Muster-Landwirt August Block, Landwirtschaftsminister aus der besitzbäuerlichen Deutschen Partei Heinrich Hellweges. Block will Oed- und Unländer enteignen, landwirtschaftlich ungenutzte Flächen zwangsverpachten, Doppelbesitzern Pächter in ihr zweites und drittes Anwesen setzen und Großgrundbesitzern zwischen 12 und 20 Prozent ihres Besitzes zwischen 100 und 150 ha zwangsabpachten, letzteres „bei Bedarf“. Niemand widerlegte den kleinen 72jährigen Minister, als er vorrechnete, daß bei Ausnutzung seines Siedlungsgesetzes etwa viermal soviel Land frei werde als durch die 100-ha-Begrenzung.**)

*) Die Kommunisten eifern dem ostzönischen Vorbild nach. Sie wollen alle Eigentümer von mehr als 100 ha restlos und entschädigungslos enteignen und die also enteigneten „Junker“ als Ostflüchtlinge behandelt wissen.

***) Blocks Rechnung: Landanfall bei 150 ha-Grenze von 293 privaten Besitzungen 68 000 ha. Landanfall bei 100 ha-Grenze von 648 privaten Besitzungen 83 000 ha. Landanfall bei voller Ausnutzung des Siedlungsgesetzes 550 000 ha, davon 330 000 ha Oedland und 70 000 ha Besitz der öffentlichen Hand.